

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 9 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stod  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Gegen den Klassenkampf.

Professor Werner Sombart, der bekannte Verfasser des „Sozialismus und soziale Bewegung“ und des „Modernen Kapitalismus“, hat kürzlich bei der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart ein Referat über die Idee des Klassenkampfes gehalten. Um es vorwegzunehmen: der Klassenkampf ist nach der neuerdings gewonnenen Ueberzeugung Sombarts überhaupt keine Idee. Die Geistigkeit, die einer Idee innewohnen soll, spricht Sombart der Klassenkampflehre völlig ab. Die Klassenkampflehre ist unrichtig, unipar und wertlos — meint Sombart, der im übrigen zwischen absolutem und relativem Klassenkampf unterscheiden will. Die absolute Klassenkampflehre sei diejenige, die den Klassenkampf zum bewegenden Prinzip des gesellschaftlichen Geschehens macht, während die relative dem Klassenkampf eine bescheidenere Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung zuweist. Eine klare Unterscheidung zwischen diesen zwei Begriffen ist aber kaum möglich, und Professor Sombart gelang es am wenigsten, diese Unterscheidung festzuhalten. Die Klassenkampflehre sei nach Sombart ein Unfug, er sei gemein und niederträchtig, da er nur den Schlamm der menschlichen Seele, den Haß, ans Tageslicht fördert. Er muß unerbittlich belämpft werden. Wie aber? Mit realen Gründen kann man den Fanatikern des Klassenkampfes nicht begegnen. Es bleibt kein anderer Ausweg übrig — das sind die Worte des Professors Sombart — als der alte Gott, der alte Glaube. Ihn muß man dem Klassenkampf des Proletariats entgegenhalten. Der Klassenkampf ist der Haß, das göttliche Prinzip ist aber die Liebe. . . .

Es ist ein vielfacher Hinweis bezeichnend, daß dieses Referat auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik vorgetragen wurde. Damit wurden nämlich in einer wissenschaftlichen Vereinigung weltanschauliche Fragen zum Gegenstand einer Debatte gemacht, die vom Referenten bewußt und gewollt unwissenschaftlich geführt wurden. Beides, besser gesagt, der Schein von beidem wurde bei ähnlichen Veranstaltungen bisher sorgsam vermieden. Die Probleme, die unmittelbar einen weltanschaulichen Charakter haben, wurden zurückgestellt und die Art der Behandlung der sonstigen sozialen Fragen sollte den Eindruck einer absoluten Sachlichkeit der „wertfreien“ (also nur feststellenden und nicht gleichzeitig wertenden) Wissenschaftlichkeit erwecken. Daß Sombart mit dieser Gewohnheit gebrochen hat, daß er unter völliger Wegwerfung der wissenschaftlichen Hülle, die höchstens nur im einleitenden, darstellenden Teil noch vorhanden war, das Weltanschauliche wie das Gefühlsmäßige an diesen Problemen zur Erörterung brachte, ist sehr zu begrüßen. Mit Recht betonten die Genossen Professor Karl Grünberg und Rudolf Goldscheid das Verdienst, das sich Sombart durch den Mut, die Klassenkampflehre auf diese Weise zu behandeln, erwarb. Wir möchten unsererseits dieses Verdienst noch besonders unterstreichen. Das Referat enthielt eine gewaltige Selbstverhüllung der Ideologie der herrschenden Klassen, und es war ein geradezu wunderbar anschauliches Beispiel dafür, wie Ideologien entstehen und wie sie formuliert werden, wenn alte Gegensätze dem Zeitgeist gemäß neu begründet werden sollen.

Der Unwissenschaftlichkeit der Darstellung entsprach es, daß Sombart von den Ursachen der historischen Bedingtheit des Klassenkampfes nichts erwähnte, daß der Verfasser des „Modernen Kapitalismus“ weder den Begriff noch das Wort Kapitalismus auch nur ein einziges Mal anführte, daß er es nicht für notwendig hielt, von dem Bestehen eines sozialen Problems überhaupt Kenntnis zu nehmen. Diese sind ihm ganz nebensächliche Umstände, die Frage muß nach ihm in der Sphäre der Weltanschauung beziehungsweise der Moral ausgetragen werden. Er donnerte gegen den proletarischen Klassenkampf, sprach aber nicht davon, daß der Klassenkampf auch von anderen Klassen geführt wird, für die Aufrechterhal-

tung ihrer Herrschaft beziehungsweise im Interesse der Ausbeutung. Herrschaft und Ausbeutung sind ihm nebensächliche Begriffe. Nur das Proletariat soll den Klassenkampf aufgeben, und auf die Frage „Was dann?“ hat er nicht einmal versucht, eine Antwort zu geben.

So war es nur möglich, die Debatte über die Idee und über den Wert — die moralische Berechtigung — des Klassenkampfes zu führen. Der Klassenkampflehre wohnt Sombart zufolge keine Idee inne. Diese Behauptung ist aber grundfalsch. Der Klassenkampf wird selbst in seiner „absoluten“ Form nur als Mittel zum Zweck geführt — und im Hintergrund der Klassenkampflehre steht in der Wirklichkeit eine große Idee — die Aufhebung der Herrschaft und der Ausbeutung durch die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft. Wird der Klassenkampf auch deshalb für nötig gehalten, damit das Proletariat durch den Kampf und während des Kampfes sich seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt werden kann, so empfängt er doch seinen Sinn aus dieser Aufgabe. Professor Grünberg konnte mit Recht den hohen Idealismus dieser Idee hervorheben. Der Klassenkampf sei unmoralisch, sagt Sombart. Es ist aber zu fragen, warum man eben dieser Form des Kampfes unter den mannigfaltigen Kämpfen, die mitunter für sehr niedrige Zwecke geführt werden, die moralische Berechtigung absprechen soll? Warum donnerte Sombart nicht lieber gegen den Krieg, diese blutige Form des Kampfes, und gegen die andern ziel- und ideenlosen Arten des Kampfes? Ist der Kampf ein ewiges Prinzip der Weltgeschichte, warum dann der Eifer gegen den proletarischen Emanzipationskampf? Der Klassenkampf erzeugt Haß — sagt Professor Sombart — und er erweckt die niedrigsten Gefühle. Wieder kann man hier fragen: Warum eben der Klassenkampf? In der Debatte haben Professor Grünberg, Fritz Larnow und der badische Arbeitsminister Engler hervorgehoben, daß sich innerhalb der kämpfenden Masse eine Liebe zum gemeinsamen Zweck entwickelt und daß der Haß des Proletariats nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen Einrichtungen gerichtet ist. Insofern dem Klassenkampf der Haß beigemischt ist, so fließt dies aus dem sündhaften Charakter der Menschen, die in ihre verschiedensten Handlungen Haßgefühle hineintragen und freilich oft aus der Empörung über ihre soziale Unterdrückung.

Was bedeutet unter solchen Umständen der Hinweis auf den Glauben? Wahrlich nicht viel mehr als was Professor Sombart unfreiwillig sagte: einen Ausweg. Durch diesen Ausweg soll man die sozialen Verpflichtungen loswerden. Das Diesseits ist nebensächlich, ein soziales Problem, für das man kämpfen soll, gibt es nicht. Was bedeutet diese These, wenn sie nicht von Mönchen, sondern von Männern des Wirtschaftslebens, welche fortwährend die sozialen Wirklichkeiten vor den Augen haben, aufgestellt wird? In der Ablenkung vom sozialen Kampfe mit Rücksicht auf das Jenenseits liegt eine großzügige Verhüllung der wirklichen, bewußten oder unbewußten, Absichten vor. Die verschiedensten Ideologien der Bourgeoisie dienen — wie es in den lehrreichen Studien Paul Szendes' so überzeugend dargestellt wird — der Verhüllung, und eine solche Verhüllungs-ideologie wurde auch auf dem Stuttgarter Kongreß verkündet.

Das Proletariat weiß nur zu gut, daß der Mensch nicht nur vom Brot lebt. Er hat auch Sehnsucht nach himmlischen Gütern, und sein Kampf um die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung auf der Erde soll nur die unentbehrlichen Voraussetzungen für die auf die höchsten Güter gerichteten, Gott zugewandten Strebungen schaffen. Kein Zweifel, daß eine Verinnerlichung der proletarischen Bewegung, ihre Vertiefung in diesem Sinne nützt. Deshalb verdienen auch die Bestrebungen der religiösen Sozialisten, welche die unmittelbare Beziehung zwischen sozialer Neuordnung und echter Religiosität, die wirklich lebendig ist und aus der Tiefe der

Seele emporquillt, betonen, die größte Beachtung. Nur soll man immer darauf achten, daß diese Bestrebungen, welche elementaren Bedürfnissen der menschlichen Seele entsprechen, nicht die Notwendigkeit des sozialen Kampfes verbunkeln, nicht zu einem dumpfen Fatalismus führen sollen.

Warum sind die Menschen heute nicht religiös? Weil die alte, gebundene Gesellschaftsordnung, wo ein jeder auf seinem Platze stand und im Leben fest verwurzelt war, nicht mehr existiert, weil die Gesellschaft in ihre Elemente aufgelöst wurde. Der Kapitalismus hat diese Auflösung vollbracht. Der Kapitalismus hat aber auch den Klassenkampf und seine Lehre großgezogen. Sehr treffend sagte Professor Grünberg in Stuttgart, daß die Klassenkampflehre bereits ein Jahrhundert vor Marx aufgestellt wurde, sie wurde nicht nur beachtet, sie konnte erst im Kapitalismus gehört werden. Will also jemand den Klassenkampf ehrlich aufheben und gleichzeitig das Reich Gottes aufgerichtet sehen, so muß er gegen den Kapitalismus ankämpfen. Dies tut aber heute nur der Sozialismus. Der Sozialismus hat den Weg ins Freie weisen, und erst in der Freiheit kann der echte Glaube, die innige Beziehung des Menschen zu Gott, entstehen. A. G.

## Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1923.

Die wirtschaftliche und berufliche Lage des Malergewerbes war während der ganzen Dauer des Jahres 1923 außerordentlich schlecht und es bedurfte des ganzen Einflusses und der Einsetzung aller Kräfte der Organisation, um die Löhne gegen den Widerstand des Unternehmertums an die stetige Selbsterhaltung und die weit vorausseilenden Preissteigerungen anzugleichen. Es sei unbestritten, daß unter den widrigen Verhältnissen im Erwerbsleben auch die selbständigen Unternehmer und Arbeitgeber zu leiden hatten. Ebenso unbestritten ist es aber auch, daß die Hauptlasten der Kriegs- und Inflationsjahre auf die wirtschaftlich viel schwächeren Schultern der Arbeiterschaft, gelegt waren und die Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten im vergangenen Jahre einen Höhenpunkt erreicht hatte, der das Maß des Erträglichsten erheblich überschritt.

Die unausbleibliche Folge der zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse waren dauernde Lokalkämpfe, die nur möglich waren bei der engsten Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterschaft und es ist kein Ruhmesblatt in der deutschen Arbeiterbewegung, auf dem die inneren Zwistigkeiten in dieser schwersten Zeit verzeichnet sind. Denn alle Zersplitterungsbestrebungen sind Aktivposten für das Unternehmertum, mögen sie aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, aus einem überpannt gärenden Idealismus oder sonstigen Ursachen ausgeht werden.

Das organisierte Unternehmertum steht der Arbeiterschaft in geschlossener Front gegenüber und weiß seine Stellungen nicht nur vorzüglich zu halten, sondern in der geeigneten Zeit auch zu Angriffen auf wohlverworbene Rechte der Arbeiter überzugehen. Als Hauptgegner stand uns der „Reichsbund für das deutsche Malergewerbe“, die Zentralorganisation der Arbeitgeber unseres Berufes, entgegen. Dieser ist auf Unternehmenseite der Kontrahent für den Reichstarifvertrag und wird gebildet durch den Zusammenschluß der einzelnen Gau- und Landesverbände, die sonst in sich abgeschlossene und durchaus selbständige Organisationen von Einzelunternehmern oder von Zünften sind und meist auch eigene Publikationsorgane herausgeben. Das zentrale Tarifverhältnis und die Lohnverhandlungen sind sicher das wirksamste Bindemittel für diese Zentralisation. Allerdings vermögen sich einige Gauverbände der Spitzenorganisation nicht für die Dauer einzuordnen und gehen in der Tarif- und Lohnpolitik ihre eigenen Wege, die sie aber doch in naher Anlehnung an die Vereinbarungen unter dem Reichstarif verfolgen. Das trifft besonders auf den „Rheinisch-Westfälischen Innungsverband“ zu, der sich, wie schon wiederholt, auch in neuerer Zeit wieder vom Reichstarif getrennt hat. Außer diesem führt nur noch der „Schlesische Malerbund“ mit dem Sitz in Breslau ein organisatorisches Eigenleben, da der „Niederrheinische Malerbund“ mit dem Sitz in Königsberg kürzlich seinen Anschluß an den Reichsbund wieder vollzogen hat. Eine Sonderstellung nimmt der „Bund deutscher Dekorationsmaler“ ein, der seinen Sitz von München nach Köln verlegt hat und seine Aufgabe vornehmlich in der Pflege kunstgewerblicher und kultureller Interessen des Malergewerbes zu sehen glaubt. Er hat deshalb seine Teilnahme als Nebentraktant des Reichstarifvertrages gekündigt und mit der Wahrnehmung seiner besonderen Interessen, soweit solche bestehen, den Reichsbund oder dessen Gauorganisationen beauftragt. Da der „Bund“ schon bisher fast nie an den Verhandlungen

teilgenommen, diese aber immer als für sich bindend anerkannt hat. Ist dieser Auftrag von geringer Bedeutung und mehr problematischer Natur.

Durch die Ausbreitung des Gedankens der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlieren die Bewegungen unter örtlichen Tarifen immer mehr an Bedeutung. Die Bestimmungen des Reichstarifes werden fast allgemein auch den örtlichen Vereinbarungen zugrunde gelegt und nicht selten ohne jede Menderung anerkannt. In selbst in einzelnen Industriebetrieben wird der Reichstarifvertrag für unsere Verbandsangehörigen voll übernommen.

Infolge der unerhörten Geldentwertung und fortschreitenden Teuerung war das Jahr 1923 reich an Kämpfen und die Bewegungen um eine Angleichung der Löhne kamen das ganze Jahr hindurch, vielleicht mit Ausnahme der paar Wochen in der verunglückten Markstützungaktion, nicht zum Stillstand. Die Zahl der Lohnbewegungen in den einzelnen Lohngebieten stieg auf über 30, in der zweiten Hälfte des Jahres wurde nicht selten zweimal wöchentlich verhandelt und dennoch wurden die festgesetzten Lohnvereinbarungen von der Inflation weit überholt. Hatte der Lohn am Ende des Jahres 1922 um 300 M. für die Stunde betragen, so war er bis Februar auf über 1000 M., bis Juni auf 10 000 M., bis Ende August auf 1 Million und dann in rasender Folge bis über 500 Milliarden gestiegen, und es kam schließlich weniger auf die tatsächliche Höhe des Lohnes an, als vielmehr darauf, zu welcher Stunde der Lohn oder eine Abschlagszahlung in die Hände des Arbeiters kam, da die Warenpreise ständigen Minderungen unterworfen waren.

Der Zusammenbruch der Währung war vollständig und die verantwortlichen Leiter von Staat und Wirtschaft mußten einsehen, daß die Verhältnisse nicht weiter mit der Notenpresse zu meistern waren. Auf den Trümmern einer durch den verlorenen Krieg zusammengebrochenen Volkswirtschaft wurde das vorerst noch recht schwanrende Gebilde einer neuen Geldwährung errichtet, wodurch zwar die Preise eine gewisse Stabilität erhielten, die Inflationskrise aber durch eine in ihren Wirkungen nicht weniger schwere Kreditkrise abgelöst wurde, die bis heute noch nicht zum Stillstand gekommen ist.

Nach vor Jahreschluss gelang es, für unsern Beruf Goldlöhne festzusetzen, die nominell für eine große Zahl von Lohngebieten ungefähr den Friedenslöhnen entsprachen, aber in Anbetracht der anhaltenden Teuerung weit unter dem Friedensreallohn zurückblieben. In der ersten Zeit der Umstellung auf die Rentenmark wurde bei Auszahlung des Lohnes in Papiermark ein prozentualer Zuschlag festgesetzt, um die von Stunde zu Stunde zunehmende Entwertung wenigstens einigermaßen zu mildern. Zumeist durch die erreichten Lohnerhöhungen eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse für unsere Kollegen erreicht worden ist, läßt sich bei den zerrütteten Wirtschaftsverhältnissen des Vorjahres nicht feststellen. Immerhin konnte aber durch die sorgfältigen Bemühungen des Verbandes zum Grundsatz erhoben werden, daß der Lohn des Malers nicht hinter den Löhnen der übrigen Berufe des Baugewerbes zurückstehen darf. Um einen Ueberblick über die durchgeführten Lohnänderungen im Malergewerbe zu geben, ist in unserm Jahrbuch eine Tabelle der für einige wichtige Städte im Jahre 1923 festgesetzten Stundenlöhne im Vergleich mit den Schwankungen des amtlichen Berliner Dollarmittelwertes eingelegt, die einen guten Ueberblick gestattet und im allgemeinen für fast alle Lohngebiete zutreffen dürfte.

Im Malergewerbe wurden 3201 Bewegungen ohne Arbeitsstellenänderung durchgeführt, die sich auf 1748 Orte mit 22 655 Betrieben und 47 451 Beschäftigten erstreckten. In Anbetracht der permanent gewordenen Lohnbewegungen erscheint diese Zahl recht gering, wurden doch im vorhergehenden Jahre bei 15 zentralen Bewegungen über 1500 Fälle gezählt, während in Berichtsjahre unter dem Reichstarif 29, in Rheinland-Bezirk 36, in Schlesien 29 und in Ostpreußen 32 zentrale Bewegungen durchgeführt wurden, die aber nicht nur als je einzelne Bewegungen gezählt sind. Tagelohn haben unter örtlichen Tarifen beziehungsweise in Lohn ohne tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse 3066 Bewegungen stattgefunden, die 258 Orte mit 1733 Betrieben und 3878 Beschäftigten umfassen und deren Zahl recht hoch anwächst. Da hier aber für jeden Ort gesonderte Verhandlungen gepflogen wurden, ist auch jedes Lohngebiet mit der vollen Zahl seiner Bewegungen aufgeführt. Mehrmals wurde nach der zentralen Festlegung von Richtlinien, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres, vielfach auch in den Bezirken verhandelt, doch sind diese Fälle unter dem Sammelbegriff „zentrale Bewegungen“ zusammengezogen.

Die feste unter Beruf unter den ungleichen Wirtschaftsverhältnissen dieses Schreckensjahres gelitten hat, geht daraus hervor, daß trotz einer Vermehrung der Orte, für die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich war, die Zahl der Betriebe um 1941 oder 4,4 vom Hundert und die Zahl der Beschäftigten um 5242 = 9,9 vom Hundert gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Es ist eine bekannte Erscheinung unseres insofern Saison- und Wintergewerbes, daß eine große Anzahl selbständiger Unternehmer nur eine jugendliche Existenz führen und in der Regel schon weniger durchreisenden Kräfte zum Orster fallen, als es die Inflation des Jahres 1923 gewesen ist. Sie nehmen zwar ihre frühere Tätigkeit als Gehilfen im Beruf wieder auf, ohne daß in ihrer sozialen Stellung allzu große Veränderungen eintreten. Dieser gewaltigen Katastrophe konnten aber auch sehr viele gut handhabende Betriebe nicht widerstehen. Manche Unternehmer mußte die Segnungen der Arbeit von ihm selbst mitvertratenen Lohnpolitik am eigenen Leibe erfahren. So nahelegend eine billige Vermögensübertragung wäre, liegt uns eine solche doch vollkommen fern. Denn letzten Endes wurden wir als Arbeiter ungleich härter betroffen, da wir seit Jahren unter außerordentlicher Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Lebende von leistungs-fähigen Kollegen müßten versuchen, in andern Berufen unterzukommen und Überlebende mußten sich und ihre Familien mit der durchaus ungenügenden Arbeitslosenunterstützung durchhangeln.

Für Ladiereien und Industriebetriebe wurden 3475 Bewegungen ohne Arbeitsstellenänderungen in 241 Orten mit 1426 Betrieben und 17348, davon 786 weiblicher Beschäftigten zum erfolgreichsten Abschluß gebracht. Außerdem wurde für 11 Betriebe mit 62 Beschäftigten eine nicht unwesentliche Lohnsteigerung abgeleitet. Auch hier lagen die Tendenzen der abgleitenden

Währung und stetig steigenden Teuerung den Bewegungen zugrunde, doch sind unsere Kollegen stark von den Machtverhältnissen der in der Industrie ausschlaggebenden Berufe und Gewerkschaften abhängig. Da die Entlohnung fast ohne Ausnahme in meist recht komplizierten Abordnungen erfolgt, ist eine Erfassung der erzielten Erfolge im allgemeinen recht schwierig, für das Vorjahr aber undurchführbar.

Ueber Streiks und Aussperrungen kann nur ganz summarisch berichtet werden, da die Berichterstattung der Filialen ganz außerordentlich mangelhaft war. Obwohl die Lohnfestsetzung sehr oft schon am Verhandlungstische durch die tatsächlichen Verhältnisse überholt waren, mußte deren Durchführung nicht selten durch Arbeitseinstellungen erzwungen werden, die allerdings in der Regel nur von kurzer Dauer waren. Es liegen uns die Unterlagen für 211 Streiks vor, die sich auf 276 Orte mit 794 Betrieben und 4570 Beschäftigten auf die Dauer von 2705 Streiktage erstreckten. Dazu kommen noch 25 Aussperrungen, von denen 1283 Beschäftigte in 178 industriellen Betrieben betroffen wurden.

Unendliche Mühen und Arbeit hat die Durchführung der Verhandlungsmaßnahmen allen Organen und Funktionären im abgelaufenen Jahre verursacht und wenn diesen Bewegungen zum Teil heute auch nur noch historische Bedeutung zukommt, so darf man doch die Frage aufwerfen, wie es um die deutsche Arbeiterschaft heute stehen würde, wenn nicht die Gewerkschaften, sehr oft unter Hintansetzung ihrer eigenen Existenzbedingungen, alles getan hätten, um der Arbeiterschaft die Lebensmöglichkeiten zu erhalten. Trotz aller Schwierigkeiten konnte das Tarifvertragswesen weiter ausgebaut werden, so daß zu den bestehenden noch 68 neue Tarife für 815 Betriebe mit 5400, davon 269 weiblichen Beschäftigten abgeschlossen werden konnten. Es bestanden Ende 1923 und gingen in das neue Jahr über:

Table with 2 columns: Tarifname and Anzahl Beschäftigte. Includes Reichstarif (19 505), schlesische Landestarif (709), ostpreussische (304), Münsterländ. Tarife (207), M.-Stadtbacher Tarif (139), 79 örtliche Tarife (1265), 59 Industrietarife (1053), and 681 Tarife (23 182).

Da es unseren Kollegen nicht unbekannt sein dürfte, daß die Arbeitgeber allem Fortschritt auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet die größten Widerstände entgegenzusetzen gewillt sind, gilt es für die Zukunft, erst recht zusammenzustehen, um alle Angriffe auf soziale Errungenschaften und wirtschaftliche Rechte der Arbeiterschaft abzuwehren zu können. Ein aufmerksames Eingehen auf den Abschnitt Lohn- und Tarifbewegungen in unserm Jahrbuch für 1923 zeigt jedem, welche ungeheure Arbeit in den nächsten Jahren noch zu leisten sein wird, umso mehr die Arbeitslosigkeit vor-ausichtlich besser werden wird, als sie seit langen Jahren gewesen war. Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes behandelt die einzelnen Phasen und Ergebnisse der Lohnkämpfe ausführlicher und eine Reihe gut durchgearbeiteter Ueberichten bieten unsern Mitgliedern eine Quelle vorzüglichen Agitationsmaterials auch für die Zukunft. Wer die Zeichen der Zeit versteht, der werde unablässig für unsern Verband und trage nach Kräften dazu bei, den Arbeitnehmern unseres Berufes den Einfluß im Gewerbe zu sichern, der ihnen auf Grund ihrer Zahl und ihrer Bedeutung in der Ausübung der beruflichen Tätigkeit zukommt.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Maler- und Ladieregewerbe im Monat September wieder etwas zurückgegangen. In 132 Filialen mit 37 390, davon 236 weiblichen Mitgliedern, die rechtzeitig berichtet haben, sind 859 männliche und 12 weibliche, zusammen 871 Arbeitslose oder 2,3 auf das Hundert der erfassten Mitglieder gezählt worden. Danach stellt sich das Ergebnis noch etwas günstiger als im Juli des laufenden Jahres. Obwohl die absolute Zahl der Erwerbslosen noch etwas höher ist, darf nicht übersehen werden, daß damals nur 33 389, jetzt aber fast genau 4000 Mitglieder mehr von der Erhebung erfaßt wurden, wie aus der nachstehenden Uebersicht seit Anfang 1923 hervorgeht.

Table with 8 columns: Monat, Es berichteten Filialen (1923, 1924), Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats (1923, 1924), Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats (1923, 1924), Auf je 100 Mitglieder ent-fallen Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche (1923, 1924). Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Juli, August, Septemb., Oktober, November, Dezember.

Berechnet man das Ergebnis der Umfrage auf die einzelnen Landesziele, so ist die Lage unseres Berufes im Rheinland mit 6% Arbeitslosen am ungünstigsten; es folgen dann Bayern mit 5,2%, wo durch das Daniederliegen der Metallindustrie eine große Zahl von Ladiereern arbeitslos sind, Westfalen mit 4,8%, Slesien und Slesien-Passau mit 3,9%, Schlesien mit 2%, Preisaat Sachsen mit 1,4%, Ost- und Westpreußen sowie Württemberg und Baden mit je 1,2%, Berlin und Brandenburg mit 0,9%, Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Bremen mit 0,8%, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, die Hansestädte Hamburg und Lübeck sowie Thüringen mit je 0,4% und die Provinz Sachsen mit 0,2%. Es ist anzunehmen, daß die Verringerung des beruflichen Arbeitsmarktes eines- teils darauf zurückzuführen ist, daß vor Eintritt des

Winters noch ein Aufflackern der Konjunktur durch vermehrte Renovierungsarbeiten usw. eintritt. Der Rückgang an weiblichen Arbeitslosen läßt aber auch den Schluss zu, daß ein, wenn auch vorerst langsames Anziehen auf industriellen Gebiet einsetzt, was auch daraus hervorgeht, scheint, daß auch ein Rückgang der Kurzarbeiter von 888 im Vormonat auf 744 im September zu verzeichnen ist.

Wir sehen uns veranlaßt, die schon oft an die Filialvorstände gerichtete Mahnung um schnelle und zuverlässige Berichterstattung zu erneuern. Das Ergebnis der Erhebung ist nicht vollwertig, wenn von 177 Filialen nur 132 ihre Berichtskarte rechtzeitig eingeleitet haben, und später eingehende Berichte können nicht mehr in das Gesamtergebnis hineingearbeitet werden. Etichlag für die Zahlung in diesem Monat ist der 25. Oktober. Der Verhandlvorstand muß spätestens bis 6. November im Besitz der vollständig ausgefüllten Berichtskarte sein.

Die Ferien im Malergewerbe.

Der Reichstarif für das deutsche Malergewerbe sieht in seinem § 8 jedem Gehilfen nach vollendeter einjähriger Beschäftigung in einem Betrieb einen Erholungsurlaub von jährlich drei Werktagen zu. Nähere Bestimmungen sind im Anhang in einer besonderen Ferienordnung niedergelegt, wonach der Urlaub in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober zu gewähren ist. Im Einzelfalle regelt der Meister unter Berücksichtigung der Betriebsverhältnisse und der Wünsche des Gehilfen den Urlaub, wobei die Betriebsvertretung zu hören ist, sofern eine solche besteht. Doch kann auch für alle Betriebe eine gegenseitige Verständigung durch die örtlichen Verbände vereinbart werden. Eine Anrechnung früherer Beschäftigungsabauer erfolgt, wenn ein Gehilfe aus Gründen entlassen wird, die er nicht zu vertreten hat (Aussetzen wegen Arbeitsmangels), und wenn zwischen der Entlassung und der Wiedereinstellung nicht mehr als 13 Wochen liegen. Das Arbeitsverhältnis gilt hinsichtlich des Urlaubsanspruches als nicht unterbrochen durch Feiertage wegen Krankheit des Gehilfen, Witterungseinflüssen, Materialmangels oder sonstiger Betriebsstörungen. Für die Urlaubstage wird der bei Beginn des Urlaubs geltende Tariflohn nach Maßgabe der während des Urlaubs tariflich üblichen wöchentlichen Arbeitszeit, und zwar die Hälfte eines vollen Wochenlohnes nach Beendigung des Urlaubs, spätestens aber am Tage der Wiederaufnahme der Arbeit, vergütet.

Den Gehilfen ist bei Verlust der Urlaubsentuschädigung verboten, Arbeiten für andere Personen, weder gegen, noch ohne eine Entschädigung, auszuführen, anderseits darf aber der Urlaub auch nicht durch eine Selbst- oder anderweitige Entschädigung abgegolten werden.

Wir bringen unsern Mitgliedern diese tariflich festgesetzten Bestimmungen mit dem Hinweis in Erinnerung, daß die Ferienordnung ein Bestandteil des für verbindlich erklärten Reichstarifes für das deutsche Malergewerbe ist, der durch die gegenseitige Vereinbarung vor dem Haupttarifamt am 1. März dieses Jahres auf unbestimmte Zeit, das heißt bis zum Abschluß eines neuen Vertrages, unverändert verlängert worden ist.

Einer großen Anzahl örtlicher Tarifverträge unseres Berufes ist der genaue Wortlaut des Reichstarifes zugrunde gelegt. Es ist selbstverständlich, daß auch in diesen Orten die Bestimmungen der Ferienordnung als ein Teil des Tarifes zu gelten haben, deren 12. Absatz ausdrücklich bestimmt, daß in Streitfällen die zuständigen Tarifinstanzen zu entscheiden haben. Es ist danach die Pflicht unserer Kollegen, für die richtige und vollständige Durchführung der tariflichen Bestimmungen auch in bezug auf die Ferien einzutreten.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. S. hat mit dem 1. Oktober 1924 die Geschäfte aufgenommen. Die Deutsche Kapitalwertungs-gesellschaft m. b. H. ihr Vorläufer, wird ihre Geschäfte an diesem Tage auf die neue Bank übertragen.

Der Aufsichtsrat der neuen Bank besteht aus den Herren: Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, als Vorsitzenden, Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender des IFA-Bundes, als Stellvertreter des Vorsitzenden, Albert Jallenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Siegmund Cöhler, Berlin, Dr. Rudolf Pöferding, Reichsfinanzminister a. D., Friedrich Hufemann, Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Hermann Arde, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Emil Lehmann, Deutscher Holzarbeiterverband, Demo Marx, Allgemeiner Verband Deutscher Bauangestellten, Friedr. Baepfow, Deutscher Baugewerksbund, Hamburg, Carl Höpfer, Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Ernst Schäfer, Deutscher Metallarbeiterverband, Stuttgart, Bruno Schweinik, Verband der Deutschen Buchdrucker, Oswald Schumann, Deutscher Verkehrsbund, Otto Urban, Zentralverband der Angestellten, Otto Jehm, Deutscher Textilarbeiterverband.

Die Aktionäre der neuen Gesellschaft sind sämtliche Verbände, die dem ADGB. angeschlossen sind, sowie die Mehrzahl der dem IFA-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbände.

Die Aktien lauten auf den Namen und sind nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übertragbar. Das voll-eingezahlte Aktienkapital beträgt 750 000 Goldmark.

Trotz der schwierigen Verhältnisse im Jahre 1923 hat die Deutsche Kapitalwertungs-gesellschaft m. b. H. nicht nur ihr gesamt eingezahltes Goldkapital erhalten, sondern noch einen befriedigenden Gewinn ausgeworfen. Die Ent-wicklung, die die Deutsche Kapitalwertungs-gesellschaft m. b. H. im Jahre 1924 genommen hat, ist eine derartige, daß die Aussichten für die Entwicklung der neuen Aktien-bank als außerordentlich günstig bezeichnet werden können.

# Aus unserm Beruf.

**Beitrag.** Am 5. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus die gutbesuchte Delegiertenkonferenz unserer Filiale Berlin. Der Bevollmächtigte Kollege Schlemann referierte über Tarif- und Berufsfragen im Malerergewerbe. Dem Bericht war zu entnehmen, daß die Arbeitsverhältnisse überall günstig sind. Die berechtigten Lohnforderungen haben leider nicht durchgesetzt werden können, weil im Frühjahr ein Teil der Kollegen Anschluß bei den „Chemikern“ suchte. Innerhalb der Betriebe wurde der Kampf nicht gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die Organisation geführt. Die Unternehmer waren die lachenden Dritten. Veranlaßt durch den Zwiespalt in den Kollegenkreisen hielten es die Arbeitgeber für angebracht, auf ihrer Tagung in Hannover für Verschlechterung der sozialen Tarifbestimmungen und für Niedrighaltung der Löhne zu plädieren. Dieser Marasmus hat uns in der Agitation die besten Dienste geleistet und darum hat überall rege Mitarbeit eingeleitet. Die während der Organisationswirren vertagerten und abseitsstehenden Kollegen haben durch Beitragsnachzahlungen ihre alten Rechte wieder erworben. Der Ausschluß von 7 Funktionären erfolgte, weil sie trotz mehrmaliger Verwarnung Ausnahmen für den Chemiker-Verband machten und für diesen auch Beiträge einzahlten. Auch die A.D. duldet es nicht, daß ihre Funktionäre Propaganda für gegnerische Organisationen treiben. Der glänzende Geschäftsgang hat die Profite der Arbeitgeber gesteigert; unsere Aufgabe muß es daher sein, durch Lohnsteigerung einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Vorbedingung dafür sei die Stärkung der Organisation. Die kommenden Steuerlasten müssen durch Lohnforderungen wettgemacht werden. Außer der Regelung der Tariffragen sei den Gewerkschaften noch ein großer Aufgabenkreis zuteil. Das zu fordernde Arbeitslosenversicherungsgesetz muß von sozialem Geist getragen sein. Selbstverwaltung wäre erforderlich, weil die Arbeiter nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte fordern und erkämpfen müssen. Schnellste Beseitigung der Pflichtarbeit sei geboten, da die Kosten der Versicherung von den Versicherten getragen werden. Eine Neuregelung der Schaffung und Vergebung von Notstandsarbeiten zu Tariflöhnen werde gegenüber dem heutigen Zustand gewaltige Ersparnisse bringen. Die Arbeiterschaft habe es satt, der Regierung für Wunschzettel zu überreichen, über die dann monatlang Erwidigungen angefertigt werden, vielmehr fordere sie Gleichberechtigung und Durchführung ihrer berechtigten Forderungen. Die äußerst rege und sachliche Diskussion brachte eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen, die dem Vorstand zur Durchführung übergeben wurden. Eine in den Gedankengängen des Referates gehaltene Entschliebung fand einstimmige Annahme. Mit der Aufforderung, daß zur Erreichung der gesteckten Ziele alle Kollegen die erforderliche Mitarbeit leisten müssen, wurde die eindrucksvolle Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

**Meinestills.** Am 17. September konnte unsere Zahlstelle auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die Kollegen Otto Genzsch und Arno Staake, als Mitbegründer der Organisation am Orte, konnten zu gleicher Zeit ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern. Möge es beiden Kollegen noch recht lange vergönnt sein, in voller Frische der Organisation als wackere Mitarbeiter und Berater zu dienen.

# Eingefandt.

Verschiedene Vorkommnisse am Orte und die allgemeine Situation des Verbandes drängt mich dazu, einige aktuelle Fragen der Organisation zu besprechen. Hier besteht zwischen dem M.W. für unsere in der Industrie sachlich beschäftigten Kollegen eine sogenannte gemeinsame Interessenvertretung. Wie diese Interessen vertreten werden, ist sehr interessant. Unsere Organisation beharrt auf dem Standpunkt, am Achtstundentage festzuhalten, der M.W. hat aber in seinem Tarifvertrag die Arbeitszeitverordnung anerkannt und ist dadurch zum Neinstundentage gekommen. Unsere Industriekollegen sind dadurch erz w u n g e n durchbrecher der achtstündigen Arbeitszeit geworden! Außerdem beliebt es dem M.W., Lohnnachmachungen zu vollziehen, ohne unsere Organisation weder vorher zu hören, noch unsere Vertreter nachher zu Worte kommen zu lassen. Die Lohngestaltung durch den M.W. ist derart miserabel, daß schon jetzt eine Differenz von 25 bis 30 % in der Stunde zwischen Baualterlohn und Industrielohn besteht. Was sagt der lesende Kollege dazu, wenn er hört, daß der Spitzenlohn für gelernte Kollegen 40 bis 45 % beträgt? Die ganze Lohn- und Arbeitszeitpolitik des M.W. drängt uns dazu, die Kämpfe allein zu führen, und das kann nur geschehen, wenn die bestehenden Tarifgemeinschaften aufgehoben werden. Die Idee der Verschmelzung zu Industrieverbänden hat durch das Verhalten des M.W. einen bedenklichen Miß erhalten. Warum ist der M.W. in seiner Mitgliederzahl gesunken? Meine Antwort ist, weil er nicht gerade gestanden hat, aber das bedenklichste ist dabei, daß andere Organisationen durch das schlechte Vorbild jener ebenfalls Leidtragende geworden sind. Es ist ja richtig, daß auch andere Umstände den Rückschritt begünstigt haben, aber die Magenfrage und die Arbeitszeit sind der Kernpunkt dieser Misere. Ein großer Teil unserer Kollegen steht abseits; — warum? frage ich. Der Mensch ist mehr oder weniger Egoist und Materialist; in der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung sagt beinahe jeder: wenn ich zahle, was erhalte ich als Gegenleistung? Wer so denkt, ist wirtschaftlich auf der Höhe, denn letzten Endes sind geforderte Lohnaufbesserungen auch materielle Gegenleistungen für den Verkauf der Arbeitskraft. Die Idee der reinen Kampfsorganisation kann vorläufig eben nur Idee sein, weil die Macht der heutigen Wirtschaftsordnung stärker ist als der geistige Wille einer aufstrebenden Klasse. Wenn man das als richtig anerkennt, muß man den Tatsachen folgen und das Verlangen nach einer materiellen Gegenleistung unterstützen. Deshalb wird es notwendig sein, die Unterstützungstrichtungen in unsern Verbänden wieder durchzuführen, dadurch wird die Agitation wesentlich erleichtert und damit die Kampfschärfe und der Kampfsgeist erhöht werden. Weiter dürfen wir die Frauen der Kollegen nicht vergessen; denn diese sind ein wichtiges Bindeglied zwischen der Organisation und dem Mitglied. Jeder Hauskassierer weiß, welchen Einfluß die Frau hat, daß ihr Mann an der Organisation festhält oder ihn davon abredet. Wir müssen versuchen,

den Einfluß des Verbandes auf das Mitglied zu stärken, indem wir auch die Frauen für die Ziele der Organisation interessieren. Das kann sehr gut geschehen, wenn im „Maler“ des öfters ein kleiner Artikel für die Frau erscheint; die agitatorische und erzieherische Wirkung wird dann nicht ausbleiben. Als Sachwalterin im Haushalt ist doch die Frau interessiert, zu wissen, was mit dem Gelde, das sie dem Hauskassierer gibt, geschieht!

Der Abbau der Unterstützungs-Einrichtungen ist erfolgt, weil die Organisation in der Inflationszeit ihre finanziellen Mittel verloren hatte; es ist mit wenig Ausnahmen allen Organisationen so ergangen. Das darf nie wieder eintreten, der kaufmännische Blick in die Zukunft und das Erfassen der finanziellen Vorteile in der Gegenwart muß die strategische Aufgabe unserer Vermögensverwaltung sein. Bei den deutschen und auswärtigen politischen Unsicherheiten, den unerhörten Lasten der Kriegsschulden, ist es leicht möglich, daß sich erneut Komplikationen mit den Siegerstaaten ergeben; denn die inneren Volkseinde sind doch eine andere Lösung der Schuldenzahlung. Gelängt es der Reaktion von rechts, den Giftspieß des Klassenhasses und der Obstruktion gegen die Kriegsschuldzahlung ins Volk zu schleudern, so kann eine neue Inflationsperiode eintreten. Ist die Vermögensverwaltung demgegenüber gewappnet? Sind die gesammelten Gelder in goldsicheren Sachwerten nutzbringend angelegt? Das sind alles Fragen, die von weittragender Bedeutung sind. Ich will aber an dieser Stelle die Art der Durchführung der Sicherung unseres Vermögens nicht erörtern, das möge Sache der vollziehenden und beratenden Instanzen unseres Verbandes sein.

Leber Kollege, wenn Du diese Zeilen gelesen hast, überlege Dir das Gelesene noch mehrere Male, bespreche bei Gelegenheit mit Deinen Kollegen die Sachen, bringe die Angelegenheiten in der Mitgliederversammlung zur Sprache; denn nur durch Weiterbesprechung all dieser Fragen wird Interesse bei den Kollegen erweckt.

G. A., Breslau.

# Gewerkschaftliches.

**Ein Appell der Bergarbeiterverbände.** Die an den Tarifverträgen im Bergbau beteiligten vier Arbeiterverbände übergeben der Öffentlichkeit nachstehenden Appell:

„Not und Glend lasten über der Bergarbeiterbevölkerung. Die Lebenshaltung der Bergarbeiterfamilien wird durch die sprunghafte Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt, durch die Verteuerung von Brot, Fleisch, Kartoffeln, Schmalz usw. immer tiefer gedrückt. Die Reichsregierung hat bereits vor einigen Wochen eine Verbilligungsaktion eingeleitet. Welche Wirkung hat sie gehabt? Statt einer Preislenkung trat eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten ein. Dabei sind die Güterachten ermäßigt worden. Die Zollschranken beziehungsweise Zollabgaben sind fortgefallen. Auch die Umsatzsteuer wurde gesenkt. Mehrere Male wurden die Kohlenpreise herabgesetzt und noch immer nicht macht sich eine Wirkung all dieser Maßnahmen auf dem Lebensmittelmarkt bemerkbar.“

Die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter müssen unter diesen Umständen als völlig ungenügend betrachtet werden. Infolge der immer schwieriger werdenden sozialen Lage kamen die Vorstände der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitnehmerverbände zu dem Entschluß, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um ein noch weiteres Abwärtsgleiten des bisher schon zu geringen Reallohnes der Bergarbeiter gegenüber den Lebenshaltungskosten zu verhindern. Nach eingehender Würdigung aller in Betracht kommenden wirtschaftspolitischen Momente kamen jedoch die Organisationsleitungen einstimmig zu dem Beschluß, in der Lohnfrage für diesen Monat die bisher eingenommene abwartende Haltung nicht aufzugeben. Ein offenes Borgehen der Arbeitnehmerverbände in dieser Stunde könnte sich angesichts der noch nicht geklärten Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, insbesondere dem der Bergbauindustrie, als eine verfehlte Maßnahme erweisen, die bei ihrem Mißlingen den Bergarbeitern Opfer auferlegen würde, die für einen besseren und aussichtsreicheren Zeitpunkt bereitgehalten werden müßten. Sollten sich aber im Laufe des Monats Oktober keine wesentlichen Preisänderungen bemerkbar machen, so werden die Arbeitnehmerverbände eine entsprechende Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter fordern. Um den Bergarbeiterfamilien menschenwürdige Existenzbedingungen zu verschaffen, werden sich die Verbände mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Löhne der Bergarbeiter der Verteuerung angepaßt werden. Kameraden! Ihr müßt heute schon unterstützen! Mit einer schwach organisierten Bergarbeiterchaft würde es nicht möglich sein, die notwendigen Maßnahmen so wirksam durchzuführen, wie es im Interesse der hart um ihr Dasein ringenden Bergarbeiter notwendig ist. Dem wohlgerüsteten Unternehmertum muß eine schlagfertige Organisation gegenüberstehen. Kameraden! **Ans Werk! Stellt die volle Kampfkraft her! Häkelt die Säumnigen auf! Weist allen Lauen, den Unorganisierten, den Indifferenten den Weg, den die Bergarbeiter gehen müssen, wenn sie Erfolg in ihren Arbeitskämpfen haben wollen.**

„Die Ameise“, das Organ des Porzellanarbeiterverbandes, konnte am 2. Oktober auf ihr fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Nur wenige Gewerkschaftsblätter haben den zur Gründungszeit angenommenen Titel beibehalten — bekanntlich hieß das erste Verbandsorgan des Malerverbandes 1878 „Die Mappe“ —; denn die meisten Gewerkschaftszeitungen, die vor dem Sozialistengesetz gegründet wurden, fielen dem Ausnahmegesetz zum Opfer. Wenn „Die Ameise“ die schwere Zeit des Sozialistengesetzes unangefochten überstand, so deshalb, weil der Porzellanarbeiterverband bis 25. Oktober 1891 dem S.-D.-Gewerksverein angehörte. In der Jubiläumsummer der „Ameise“ wird bekanntgegeben, daß die erste Ausgabe des Blattes vom 2. Oktober 1874 folgende Programmklärung an die Unternehmer enthielt: „Wir sind Männer, welche der friedlichen Verhältnisse, der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, das Wort reden.“ Des weiteren rückte das Blatt noch im besonderen von den Sozialdemokraten, das ist gleichbedeutend mit den freien Gewerkschaften, ab. „Die Ameise“ hatte es bis 1891 zu einer Auflage von 4000 gebracht. Nun marschieren die Porzellanarbeiter und ihr Fachorgan seit 32 Jahren in Reih und Glied mit den freien Gewerks-

chaften. Schwere Kämpfe galt es durchzufechten, aber aufwärts ging es seitdem ununterbrochen. Heute erscheint „Die Ameise“ wieder in 48 000 Auflage. Seit 1877 trägt das Blatt, dem wir zu seinem Jubiläum unsere Grüße entbieten, die Mahnung an der Stirn:

„Immer strebe zum Ganzen,  
Und kannst du selber kein Ganzes werden,  
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!  
Immer wieder muß dies Mahnwort Schillers allen Indifferenten entgegenklingen.“

**Nach dem Jahresbericht des Deutschen Buchbinderverbandes über das Jahr 1923** gestaltete sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in diesem Berufe äußerst schwierig. Ende des Jahres 1923 waren 22 323 Mitglieder (82 % sämtlicher Mitglieder) arbeitslos; Kurzarbeit betrafen 28 972. Die wirtschaftliche Notlage wirkte auf die Mitgliederbewegung zurück. Im Gegensatz zu dem in den Vorjahren gemeldeten ständigen Aufstieg in der Mitgliederzahl ist für das Berichtsjahr 1923 ein fortgesetzter Rückgang zu verzeichnen, der in den letzten Monaten des Jahres einen ganz bedeutenden Anstieg annahm. Gegenüber dem Bestand von 98 810 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1922 schließt das Jahr 1923 mit einer Mitgliederzahl von 54 494 ab, was einer Abnahme um 44 316 = 44,8 % gleichkommt. Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 8362 = 31,7 %, und die der weiblichen um 36 064 = 49,6 %. Entsprechend dieser Mitgliederabnahme gestalteten sich die Finanzen. Innerhalb gelang es dem Verband, für den 31. Dezember 1923 ein Gesamtvermögen in Höhe von 32 667,91 Goldmark festzustellen.

# Sozialpolitisches.

**Der Hauptverband deutscher Innungs-Frankenkassen** hielt in Ulm seine 7. Verbandsversammlung ab. Unter den Beschlüssen, die da gefaßt wurden, ist besonders zu beachten die Annahme eines Antrages der Schlosserinnungs-Frankenkasse Forst i. B. L.: „Die nicht unbedingt benötigten Gelder der Innungs-Frankenkassen durch Bildung von größeren Genossenschaftskassen direkt dem Handwerk wieder dienstbar zu machen, damit der Handwerksmeister leichter Kredit erlange, und zwar zu einem erheblich niedrigeren Zinssatz als jetzt, und sich die Lage des Handwerks durch dieses Mittel der Selbsthilfe in neuem Wertes Weise bessere.“ Der Verband beabsichtigt seinen Plan in Gemeinschaft mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks und mit dem deutschen Handwerks- und Gewerbetag in die Wirklichkeit umzusetzen.

Des weiteren wurden zur Erhaltung und Förderung der Innungs-Frankenkassen Entschlüsse angenommen, in denen die gelehreberischen Faktoren vor einer Beseitigung der Innungs-Frankenkassen gewahrt werden. Diese „Lehrerreichen und erfolgreichen“ Einrichtungen dürfen durch nichts geschwächt werden. Das selbständige Handwerk erblickt darin wichtige Teile im Aufbau seiner Berufsunterstützung, mit denen es an den Aufgaben der Sozialversicherung mitarbeitet. Mit Bedauern stellt aber die Verbandsversammlung fest, daß die Gesetzgebung den Bestrebungen des Handwerks auf Erhaltung seiner Innungs-Frankenkassen bezüglich der jetzigen Fassung der G.D. sowohl wie auch der R.D. nicht entgegenkommt, und sie fordert, daß mit möglicher Beschleunigung bei den maßgebenden Stellen dahin gewirkt wird, daß entweder durch Verordnung oder durch die Gesetzgebung den Wünschen des Handwerks auf Erhaltung und Förderung wie auch auf Neugründung von Innungs-Frankenkassen die Wege geebnet werden.

Die Zentralisierung des deutschen Frankentagwesens ist eine dringende Notwendigkeit, der sich kein sozialbedenkender Mann verschließen sollte. Mit der wirtschaftlichen Förderung des Handwerks haben die Innungs-Frankenkassen nichts zu tun; sie sind überlebte Einrichtungen, die schon längst hätten verschwinden müssen. Gegenüber den Leistungen der Allgemeinen Orts-Frankenkassen bleiben sie weit zurück, weil sie überhaupt nicht auf die Ausgestaltung der Orts-Frankenkassen seit ihrem Bestehen eingewirkt haben. Jeder Neugründung von Innungs-Frankenkassen muß daher mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

**Das Exportgeheimnis der Arbeiterlöhne.** Unter dieser Ueberschrift setzt sich Georg Bernhard in der Zeitschrift „Die Arbeit“ mit den Argumenten auseinander, daß die Unternehmer zur Vermehrung ihres Umsatzes, wodurch die Produktionskosten gesenkt werden sollen, den inländischen Markt nicht brauchen. Ist doch die Steigerung der Ausfuhr heute das erstrebte Ziel der Unternehmer. Hier liegt aber ein schwerer Rechenfehler. Bis auf einzelne Teile der Schwerindustrie finden sämtliche Industrien Deutschlands innerhalb des Landes ihren bedeutendsten Absatz. Günstige Exportpreise können nur auf Grund des inländischen Absatzes gestellt werden, und in der Tat wird für den Export so kalkuliert, daß dem Ausland nur noch diejenigen Unkosten berechnet werden, die aus der für das Ausland bestimmten Mehrproduktion selbst erwachsen. Diese Zusatzkosten sind aber um so niedriger, je niedriger sich infolge der erhöhten Absatzfähigkeit im eigenen Lande die Inlandskosten gestalten. Dazu muß die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten gestärkt werden. Bernhard weist auf den Umstand hin, daß die Inflation die Rentnerklasse als solche ausgeschaltet hat; die Kaufkraft, die diese Klasse verkörperte, ist verschwunden. Ein Ersatz muß durch die Steigerung der Real-löhne der Arbeitnehmer geschaffen werden. Der einzelne Unternehmer erhöht zwar sein Unkostenkonto, wenn er die Löhne steigert, verdient aber tausendfach an dem Absatz an die kaufkräftig gewordenen Arbeiter der andern, was er den eigenen Arbeitern mehr zahlt. Vorangeseht, daß die andern Unternehmer daselbe tun.

**Der Anteil der Löhne am Preise des Produkts.** Zu der von der „Frankfurter Zeitung“ regelmäßig herausgegebenen „Wirtschaftskurve“ ist in Nr. 3 dieses Jahres unter obigem Titel eine Uebersicht über den Lohnanteil am Produktionspreis der Artikel von der Textilbranche erschienen. Es heißt dort unter anderem: „Ein Ueberblick über die nachfolgenden, uns von Herrn Georg Landauer, Augsburg, zur Verfügung gestellten Er-

gebrißte der Untersuchung in Spinnerei und Weberei zeigt, daß für drei Warenarten der Anteil der Löhne am Verkaufspreis, verglichen mit der Vorkriegszeit, sehr stark zurückgegangen ist, sich aber im Jahre 1924 dauernd langsam erhöht hat.

Hieraus geht deutlich hervor, daß das Geschrei der Unternehmer, wonach die Steigerung der Löhne ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist, vollkommen stumm ist. Allerdings weist diese Untersuchung auf eine bedeutungsvolle Tatsache hin: Die starke Steigerung der Baumwollpreise, die bekanntlich zu einem großen Teil der systematischen Verminderung der Baumwollpflanzung seit dem Jahre 1920 zuzuschreiben ist.

### Genossenschaftliches.

Die Konzentrationsbewegung der Genossenschaften. Der Fortschritt der Konzentrationsbewegung macht sich auch bei den Genossenschaften geltend. Die Konsumgenossenschaften haben die schwerste Zeit hinter sich. War schon die Kriegszeit für die Entwicklung der Genossenschaften ungünstig, so wirkte die Inflationszeit geradezu verheerend. Binnen rund zehn Jahren hatten sich in dem 1903 gegründeten Zentralverband der deutschen Konsumvereine weit über 100 Genossenschaften zusammengefunden, mit 3 Millionen Mitgliedern und mit einem Umsatz, der sich der Milliarde Goldmark näherte.

Table with 5 columns: Konsumgenossenschaften, Mitglieder, Verkaufserlöse, Beschäftigte Personen. Rows include Zentralverband deutscher Konsumvereine, Reichsverband deutscher Konsumvereine, and Gesamtsumme.

Demzufolge gehören dem Zentralverband bei zweiundeinhalbmaliger Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften vierundeinhalbmal soviel Mitglieder an wie dem Reichsverband; der Zug zur Konzentration macht sich auch in dieser Richtung geltend. Daß die Zahl der beschäftigten Personen bei dem Zentralverband achtmal so groß ist wie beim Reichsverband, gibt zu dem Bedenken Anlaß, ob hier nicht eine zu große Belastung mit Personalkosten der Genossenschaften vorliegt.

### Polizei und Gerichte.

Schwerbedrante Stahlheimjünglinge. Mitte September hatten sich die beiden Vererber des Attentats auf die Drucker des 'Volkswillens' in München (in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1923) vor dem dortigen Schwurgericht zu verantworten. Des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz waren angeklagt der Schriftsetzer Heinz Kütelhans, am 12. Februar 1902 in Effen geboren, und der Dekorationsmaler Karl Schröder, am 11. Februar 1902 gleichfalls in Effen geboren.

### Verschiedenes.

Die Kriechwürmer gefunden. Welches Schreibgerät haben die alten Schreiber benutzt, um die schmalen, feinen Streifen ihrer Kriechwürmer auf den Stein zu schreiben? Ueber diese Frage haben sich die Gelehrten den Kopf zerbrochen.

ohne das Rätsel lösen zu können, da es ihnen bisher nicht gelungen war, eine Spur dieses Schreibzeuges zu entdecken. Jetzt hat Dr. Langdon, der Führer der gegenwärtig in Nisch tätigen Forschungs Expedition, das Glück gehabt, das Instrument zu finden. Es besteht aus einem goldenen Schaft von etwa 12 cm Länge, der an den beiden Endpunkten in ein scharfgezeichnetes Dreieck ausläuft. Von der praktischen Verwendbarkeit dieses Instrumentes konnte sich Dr. Langdon sofort überzeugen; es gelang ihm, ohne jede Vorbereitung mühelos Schriftzeichen in den Ton einzugeichnen. Der seltene Griffel, der feinegleichen nicht in der Welt hat, wurde 86 km von Nipo entfernt an einer Stelle aufgefunden, auf der nach den Historikern früher das alte Nima stand, jene große chaldäische Stadt, die im Jahre 2200 vor Christi Geburt längere Zeit königliche Residenz war.

Das ist Neuyork. Aus einer Neuyorker Zeitung brachte kürzlich die 'Frankfurter Zeitung' folgenden kleinen Artikel: 'Kennen Sie diese Stadt? Sie hat 5 000 000 Einwohner, von denen 2 000 000 im Auslande geboren sind. Sie weist mehr Italiener auf als Rom, mehr Irländer als Dublin, mehr Deutsche als Bremen und ein Zehntel aller Juden der Welt. Sie hat mehr Fernsprechanstalten als London, Paris, Berlin, Petrograd und Rom zusammengenommen. Sie hat fünf der größten Brücken der Welt, jede mindestens eine englische Meile lang. Jeden Tag sind 2000 Theater und Lichtbildhallen offen. Die Stadt hat 1500 Kirchen von allen Religionsgemeinschaften, die man sich denken kann. Der Steuerwert des Eigentums ist 8500 Millionen Dollar. Mehr als 300 000 Besucher kommen täglich in die Stadt. Alle 52 Sekunden trifft ein Passagierzug ein. Eine Trauung findet alle 13 Minuten statt und eine Geburt alle 6 Minuten. Alle 10 Minuten wird ein neues Geschäft gegründet. Alle 51 Minuten entsteht ein neues Gebäude. — Dies ist Neuyork.'

### Vom Ausland.

#### Die Charta der britischen Gewerkschaften.

Die vom englischen Gewerkschaftskongress angenommene 'Charta (etwa: Grundgesetz) der Arbeit' hat folgenden Wortlaut: 1. Staatliche Uebnahme und Kontrolle der natürlichen Reichtümer und öffentlichen Dienste: a) Nationalisierung von Grund und Boden, Bergwerken und Mineralien; b) Nationalisierung der Eisenbahnen; c) Ausbreitung aller staatlichen und Gemeindeunternehmungen, um allen sozialen Notwendigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen. 2. Löhne und Arbeitszeit: a) gesetzliche 44stündige Maximalarbeitszeit; b) gesetzliche Mindestlöhne für alle Industrien und Berufe. 3. Arbeitslosigkeit: a) Massnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und ausreichende Erwerbslosenunterstützung; b) Einrichtung für fachliche Ausbildung von jugendlichen Erwerbslosen; c) Schaffung von Erleichterungen für berufliche Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen in Zeiten wirtschaftlicher Depression. 4. Wohnungsfürsorge: Massnahmen betreffend gesunde und geeignete Arbeiterwohnungen. 5. Erziehung: Schaffung aller Erleichterungen seitens des Staates für den Uebergang vom Elementarschulunterricht zu den Hochschulen. 6. Betriebsunfälle und Krankheit: Gewährung ausreichender Unterstützung und Entschädigung für alle Arten von Betriebsunfällen und Krankheiten. 7. Pensionen: a) Alterspensionen vom 60. Lebensjahre an für alle Arbeiter; b) Pensionen für verwitwete Mütter und Unmündige.

Schweiz. Seit mehreren Wochen stehen die Maler und Gipser in Chaux-de-Fonds im Streik. Der Arbeitsvertrag war abgelaufen; aber die Unternehmer weigerten sich, einen neuen Vertrag abzuschließen, der auch nur die geringste Verbesserung vorsah. Wochenlange Verhandlungen führten zu keinem Resultat, worauf die Kollegen einmütig in den Streik traten. Da an andern Orten der Schweiz Arbeitskräfte gesucht wurden, reisten die meisten Maler und Gipser von Chaux-de-Fonds ab. Streikbrecher sind bis jetzt noch keine zu verzeichnen, doch suchen die Meister tüchtige Maler und Gipser zu hohen Löhnen. Maler und Gipser, geht nicht auf den Leim; der Streik dauert unverändert fort, und wer nach Chaux-de-Fonds geht, ist ein Streikbrecher! Sagt es allen Euren Berufskollegen, dass der Platz Chaux-de-Fonds für Maler und Gipser strengstens gesperrt ist!

### Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung die Mappe. Verlag: Georg D. Gallwey, München. Preis vierteljährlich für Ausgabe A (ohne Mappe) 2,25 M., für Ausgabe B (mit Mappe) 3,50 M. Das vorliegende Oktoberheft dieser bekannten empfehlenswerten Fachzeitschrift enthält außer dem letzten Teil vier ausgewählte, der heutigen Richtung angepaßte Vortragsaufsätze: Tafel 25: Vorkolle eines Handelskaufes, von Gottlieb Reichmann in Hildesheim (Freihandmalerei); Tafel 26: Vede in altgermanischer Art (Freihandmalerei), von Ferd. Osten in Hannover; Tafel 27: Zwei aufrechte Pfeile, von Bertha Marthaler in Burghude; Tafel 28: Friese für Schablonen, von Reich. Kautsch in München.

### Literarisches.

Die soeben erschienene Oktobernummer des 'Kulturwillens', der Monatszeitschrift des Leipziger Arbeiterbildungsvereins für kulturelle Bestrebungen der Arbeiterschaft, enthält im ersten Teil Aufsätze über die Kunst, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft. Der zweite Teil bringt das Winterprogramm des Arbeiterbildungsvereins, das in seiner Zusammenfassung ein gutes Beispiel für die Bildungsarbeit anderer Städte ist. Die 16 Seiten starke Nummer, einschließlich der Beilage 'Arbeiterbildung', ist für 10 A. durch jede Parteiluchhandlung oder direkt vom VVS, Leipzig, Braunsf. 17 (Kreuzband), 12 Nummern im Jahre, 1,50 M., zu beziehen.

Einmal in die Gewerkschaften! Warum? Bericht und Beschlüsse des 5. Weltkongresses der F. G. und der M. G. V. von W. G. Schumann. Verlag: Deutscher Arbeiterverband, Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38. Preis 25 A. 'Die Besatztraktate.' Humoristisch-satirische Monatschrift. 10. Oktoberheft ist soeben, 12 Seiten stark, erschienen. Preis der Einzelnummer 15 Goldpfennig. Halbjahresabonnement 1 Rentenmark. Zu beziehen durch die Verwaltung, Wien IV, Ritterfeldg. 2. Karl P. o. r. n.: Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte. III. Teil. 155 Seiten. Preis 75 A. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 8. 1924. Der neueste und letzte Band der Geschichte der Jugendbewegung führt uns mitten hinein in die Kämpfe der Gegenwart. Der Verfasser hat es treffend verstanden, die Geschichte der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart zu schreiben. Tatsachen sprechen, Probleme rufen sich auf — mit innerer Notwendigkeit erwacht das Ringen der Jugendbewegung aus der Zeit heraus, und doch springt man auf Schritt und Tritt das eigene Urteil des Verfassers, das die Enttarnung von dem Wesentlichen und Zukunftweisenden, das die scharfe Beschränkung von dem Unwesentlichen und Zukunftsweisenden im Spiegel ihrer Jugend — hier ist es. Keiner, der diese Vergangenheit zu verstehen, zu schildern sucht, kann daran vorbeigehen.

Vom 12. bis 18. Oktober ist die 42. Beitragswoche.

### Abrechnung vom 2. Quartal 1924.

Table with columns for Cinnahme (A. der Filialen, B. der Hauptkasse) and Ausgabe (A. der Filialen, B. der Hauptkasse). Includes sub-totals and a final Summa of 277 930,79 M.

Hamburg, den 10. Oktober 1924. J. Heirich, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: Otto Strejke, L. Ringel, R. Mallow.

### Sterbetafel.

Mürnberg. Am 17. September starb unser treuer Kollege Georg Scheder, geboren am 9. Juni 1869 zu Ritt, infolge eines Schlaganfalles. Frankfurt a. M. Am 3. Oktober starb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, Kollege Tobias Senfried, im Alter von 53 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

### Anzeigen

Perfekte Möbelholzmaler stellen für dauernde Arbeit ein. Pagenkopf & Heller, G. m. b. H., Möbelfabrik, Rathenow.

Berlegbares Malerlineal, in jeden Arbeitsstoff passend, Preis inkl. Verpackung u. Nachnahme 2 M. Karl Mitzscherlich, Bauen, Flingsf. 48.

Malerschule Zimmermann früh. Kursleiter an der Gewerbeschule und staatl. Lazarettchule. Holz-Marmor-Schrift Mannheim-Neckarau. Telephone 3536. Man verlange reich illustrierten Prospekt. Vom Gehilfenverband Mannheim-Ludwigshafen als hochleistungsfähig, anerkannt und empfohlen.

### Abendkurse

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonntags, erteilt Friedr. Popp, Hamburg-Eppendorf, Regehoffstr. 27, Hochpart.